

Kreistag Uckermark

Drucksachen-Nr. 167/2012	Version	Eingangsdatum 05.12.2012
-----------------------------	---------	-----------------------------

Antragsteller: Jens Koeppen

Antrag

Änderungsantrag

öffentliche
Sitzung

nichtöffentliche
Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

- Ausschuss für Regionalentwicklung
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport
- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung
- Kreisausschuss
- Kreistag

05.12.2012

Inhalt:

Änderungsantrag zur Drucksachen-Nr. 130/2012

Beschlussvorschlag:

Folgende Punkte 3, 4 und 5 werden eingefügt:

3. dem Kreistag ist monatlich über die Ausgabenentwicklung und Antragstellung für Bildung und Teilhabe (BuT) zu berichten.
4. Gebildete Rückstellungen im Haushaltsjahr 2012, 2013 und 2014 sind, wenn die Rechts- und Fachaufsicht keine Rückforderungen erhebt, für kinderbezogene Projekte entsprechend Drs. 147/2012 einzusetzen.
5. dem Kreistag ist ein Konzept vorzulegen, wie pauschalierte Mittel des Bundes für BuT im Jahr 2011 der Höhe nach mittelfristig im vollen Umfang für kinderbezogene Maßnahmen eingesetzt werden können.

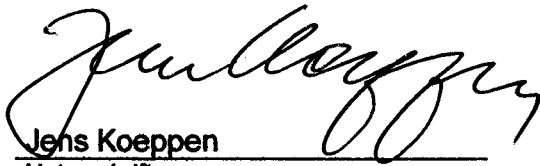
Begründung:

BuT-Mittel werden im Landkreis nicht vollständig durch antragsberechtigte Eltern abgerufen. Der verfassungsrechtlich garantierte Zugang zu Bildung und Teilhabe bleibt damit in einer nicht geringen Anzahl von Fällen auf der Strecke. Dies widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Im Interesse der Kinder muss es Ziel sein, den Anteil der abgerufenen Mittel für die Unterstützung und Förderung bedürftiger Kinder weiter zu erhöhen. Mit diesem Änderungsantrag stellt der Kreistag sicher, dass die Entwicklung der Antragsstellung und der Ausgaben große Aufmerksamkeit genießt. Zudem soll sichergestellt werden, dass Mittel entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für bedürftige Kinder eingesetzt werden und nicht in den Gesamthaushalt fließen. Mit der letzten Forderung soll das politische Ziel unterstrichen werden, dass BuT des Jahres 2011 ihrem angedachten Ziel zuzuführen. Da der bisherige

INT



Monitoringprozess es dem Kreistag nicht erlaubt hat, im betreffenden Kalenderjahr Weichenstellungen vorzunehmen soll versucht werden, in den kommenden Jahren die Mittel der Höhe nach für kinderbezogene Projekte einzusetzen, so dass ein gewisser Ausgleich geschaffen wird.



Jens Koeppen

Unterschrift

05.12.2012

Datum